



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

RONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

P/X/278 - 2.12.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur aussenpolitischen Debatte	S. 1
Spaltung bei den italienischen Liberalen	S. 3
Der Berliner Freiheitsbund	S. 5
Die Rückkehr des Gauleiters Jordan	S. 7

Übereinstimmungen und Gegensätze

sp. In der Aussprache über die Regierungserklärung vom Donnerstag gaben die Sprecher der Koalitionsparteien in ihrer Antwort auf die Rede des Oppositionsführers offen zu, dass jeder Verdacht gegen die SPD, sie sei gegenüber kommunistischen Anbiederungs- und Infiltrationsversuchen anfällig, in den Tatsachen keine Grundlage habe. Das kann ein grosser Gewinn für die weitere innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik sein, denn durch nichts wurden die Beziehungen zwischen den beiden tragenden Kräftegruppen in der westdeutschen Politik mehr vergiftet, als durch jene Behauptung, die besonders in den letzten Wochen eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hatte.

Der ausdrückliche Dank an Ollenhauer, den der Bundeskanzler in einem kurzen Beitrag gleich an den Anfang seiner Ausführungen stellte, war ebenso bemerkenswert wie die Tatsache, dass auch der Sprecher der CDU zu Beginn seiner Rede "tiefe Befriedigung" über das klare Bekenntnis Ollenhauers gegen jedes Paktieren mit den Kommunisten ablegte. Die Entdeckung, die beide damit zu machen glaubten, ist für den, der sich die Mühe nimmt, die sozialdemokratische Politik objektiv zu beobachten, gewiss keine Überraschung. Aber es ist gut, dass von höchster Stelle an diesem Platz diese Feststellung einmal getroffen wurde.

Trotzdem kam es, im Gegensatz zu früheren, sehr heftigen Debatten, die noch mit einer mühsam gezimmerten gemeinsamen Entschliessung ende-

ten, diesmal zu keinem einheitlichen Beschluss. Das ist insofern gut, als es Klarheit schafft. Der sachliche Gegensatz zwischen den beiden Auffassungen kommt in knappster Form an diesen beiden Entschliessungen zum Ausdruck.

Die Regierungsparteien beschränken sich darauf, die bisherige Aussenpolitik der Bundesregierung zu billigen. Sie erwarten, dass diese im Zusammenwirken mit den Regierungen des Westens alle Anstrengungen unternimmt, um die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit voranzutreiben und sie appellierten schliesslich an die Sowjetunion, zu ihren auf der Genfer Chef-Konferenz gegebenen Zusagen zu stehen.

Die Opposition wiederum sieht keine Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung, wenn nicht Ost und West darauf verzichten, ein geeintes Deutschland so in ihr militärisch-politisches System einzubeziehen, dass es die andere Seite als Bedrohung empfindet. Sie hebt hervor, dass die Sicherheit Deutschlands und die seiner Nachbarn nur in einer für alle annehmbaren Weise aus einem Vertragswerk hervorgehen kann, durch das jeder Partner bei Angriffen von irgendeiner Seite auf die Hilfe aller anderen rechnen kann, und in dem jeder Beteiligte die dafür notwendigen Rechte und Pflichten erhält. Schliesslich verpflichtet sie die Regierung, alles zu tun, um die Lage der Zonenbevölkerung materiell und psychologisch zu erleichtern. Auf die kürzeste Formel gebracht, ist der Unterschied der, dass es sich bei der Regierungsentschliessung um ein Bekenntnis, bei der sozialdemokratischen Stellungnahme um einen praktischen Vorschlag handelt.

Trotz der Versicherung des Bundeskanzlers, dass es in der Politik niemals tote Punkte gebe, konnte doch kein Koalitionssprecher verschweigen, dass zehn Jahre nach dem Zusammenbruch die Aussichten auf eine staatliche Einigung Deutschlands so ungewiss und düster geworden sind, wie kaum jemals in dieser Zeit. Ihr Bemühen galt im wesentlichen dem Versuch, nachzuweisen, dass die

Politik der Bundesregierung keinen Anteil an dieser Entwicklung gehabt hat.

Dazu stellte Ollenhauer mit aller wünschenswerten Klarheit fest: Es war ein schwerer Fehler der Politik der Westmächte und der Bundesregierung, dass sie im Jahre 1952 nicht den Versuch unternommen haben, die Möglichkeiten einer für uns tragbaren Lösung in der Frage der deutschen Einheit auf der Basis der Sowjetnote vom März 1952 zu prüfen. Damit verband er eine eingehende Begründung dieser Feststellung. Zweitens habe sich die grundlegende These der bisherigen Aussenpolitik der Bundesregierung als absolut irrig erwiesen, die in der Einbeziehung der Bundesrepublik in NATO das wirksamste Mittel sah, die Sowjetunion zur Freigabe der von ihr besetzten Zone zu zwingen.

Mit Spannung sah man der Rede des Sprechers der FDP entgegen. Der Abgeordnete Becker, der für diese, angesichts der letzten Konflikte zwischen dem Kanzler und seiner Partei recht heiklen Aufgabe ausersehen war, lieferte diesmal, zum Unterschied zu der seinerzeitigen Saardebatte, keinen neuen Sprengstoff. Immerhin fiel auf, dass er gerade den Mut der Saarbevölkerung hervorhob und das beziehungsreiche Wort sprach: "Ohne mutige Demokraten gibt es keine Demokratie", wobei jeder sich sein Teil denken konnte. Nicht ungeschickt war es, dass er den schwersten Vorwurf gegen seine Partei, sie wünsche direkte Verhandlungen mit Moskau über die Wiedervereinigung, mit einem Zitat Adenauers beantwortete, der noch in Moskau diplomatische Beziehungen mit der Notwendigkeit begründet hatte, dass man auf beiden Seiten dann besser "über die Prozedur der Wiederherstellung der deutschen Einheit" werde sprechen können. Nichts anderes aber hat auch die FDP verlangt.

Sehr wichtig wird sein, wie weit die ruhig-sachliche Art in dieser Debatte ihren Niederschlag in der nun bald beginnenden Vorbereitungszeit auf die Wahl zum Dritten Bundestag finden wird.

Eine Partei sucht einen Namen

PE -Rom, Anfang Dezember

Italien hat seit einigen Tagen eine neue Partei. Sie ist noch auf der Suche nach einem Namen, und schon jetzt sind sich ihre Gründer darüber im klaren, dass es sich dabei auf keinen Fall um eine grosse Massenpartei handeln wird. Aber dennoch soll das Wagnis unternommen werden, in das politische Kräftespiel Italiens einen neuen Faktor einzufügen.

Die Parteigründung ist das logische Ergebnis aus dem Zerfall der alterwürdigen Liberalen Partei, zu deren Zierden einst der Philosoph Benedetto Croce zählte. Von diesen Liberalen hat sich jetzt ein dissidenter linker Flügel abgespalten, der zwar numerisch nicht sehr bedeutend sein mag, dem aber dafür eine Anzahl prominenter Persönlichkeiten des politischen Lebens angehört. Dass es zu einem Bruch des linken Flügels mit dem Rest der Liberalen kommen konnte, ist vor allem auf die eigenwillige Art zurückzuführen, in der der Parteisekretär Giovanni Malagodi die Politik der Parteileitung bestimmt. Unter ihm nämlich ist der italienische Liberalismus immer eindeutiger zum Wortführer gewisser grosskapitalistischer Sonderinteressen geworden, was sich besonders anlässlich der Kämpfe innerhalb der Regierungskoalition um die Bodenreform- und die Petroleugesetzgebung stark bemerkbar gemacht hat.

Die Sezessionisten nun sind mit dieser Rechtsschwenkung der Partei in keiner Weise einverstanden und meinen, es entspreche durchaus nicht den liberalen Idealen und Grundsätzen, durch dick und dünn die Interessen der Reichen gegen die Armen zu vertreten. Vielmehr sei es die ureigenste Aufgabe des Liberalismus, stets für die Freiheit des Individuums gegenüber den anonymen Mächten in Staat und Gesellschaft einzutreten, seien diese Mächte nun der Kollektivismus, die Allgewalt der Bürokratie, des Grosskapitals oder des Klerikalismus.

Auf einer Versammlung, die in diesen Tagen in Mailand stattfand und auf der die Spaltung besiegelt wurde, begründete Bruno Villabruna mit scharfen Worten die Auflehnung seiner Gruppe gegen die Politik

des Parteisekretärs Malagodi: "Wir sind der Meinung," sagte er, "dass eine Haltung, die nur zum Schein liberal, in Wirklichkeit aber reaktionär ist, ein Hindernis für jene politische Erneuerung und soziale Entwicklung darstellt, die wir gerade heute für unerlässlich notwendig halten. Wir glauben auch, dass es unsere Pflicht ist, zu verhindern, dass die Werte der liberalen Überlieferung ganz verlorengehen und dass die Krise des Misstrauens sich noch weiter ausbreitet, die sich besonders im Mittelstand bereits deutlich abzeichnet. Es besteht die Gefahr, dass der Missmut über das Versagen der demokratischen Parteien diesen Mittelstand ins totalitäre Fahrwasser abdrängt."

Man wird die Ziele der neuen Partei vereinfachend dahin zusammenfassen dürfen, dass es sich hierbei um einen Versuch zur Schaffung einer "Dritten Kraft" handelt, die zugleich freiheitlich-demokratisch, anti-totalitär und antiklerikal sein soll. Auch unterliegt es keinem Zweifel, dass einige massgebliche Persönlichkeiten der Bewegung stark unter dem Einfluss der Ideen der englischen Labour Party stehen.

Unter den Vorschlägen, die für den Namen der neuen Partei gemacht worden sind, steht die Bezeichnung "Radikale Partei" an erster Stelle. Darin findet eine gewisse Geistesverwandtschaft mit den Traditionen der gleichnamigen französischen Partei ihren Ausdruck, insbesondere aber mit deren prominentesten Exponenten Pierre Mendès-France.

Die Urheber der neuen Bewegung sind sich selbst darüber im klaren, dass die Parolen, unter denen sie kämpfen, gerade in Italien kein sehr starkes Massenecho finden dürften. Dennoch hoffen sie, dass ihre neue Partei mit der Zeit zu einem Kristallisationspunkt für alle diejenigen Wähler werden könnte, die im heutigen Parteiengefüge Italiens praktisch heimatlos geworden sind. Auch wird daran gedacht, zu einem späteren Zeitpunkt eine Verschmelzung mit der Republikanischen Partei herbeizuführen.

Im übrigen verfügen diese "Radikalen" oder wie immer sie sich nennen werden, über eine Presse, die an eine weit verbreitete, treue Leserschaft appellieren kann und von der insbesondere die sehr intelligent redigierte Wochenschrift "Il Mondo" sich seit langem ein erhebliches Ansehen in ganz Italien erworben hat.

Zum Schutze der Demokratie

Aus Berlin wird uns geschrieben

Wenn sich im Laufe der innerpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik den verantwortungsbewussten demokratischen Kräften ein Erkenntnis aufgezwungen hat, dann ist es die Notwendigkeit eines besonderen Schutzes der Demokratie gegen Angriffe und mehr oder weniger offene Unterminierungsversuche aus den verschiedensten politischen Lagern. Dabei ist, wie gerade das Jahr 1955 gezeigt hat, nicht allein an die Abwehr von Angriffen aus kommunistischer Richtung, sondern ebenso sehr von rechtsradikalen Kreisen zu denken. Gerade auf dieser Seite haben sich in diesem Jahr mehr oder weniger organisierte Bestrebungen im Sinne einer Diffamierung der Demokratie und ihrer Einrichtung bemerkbar gemacht, wobei diese antidemokratischen Machenschaften zum Teil unter dem Deckmantel legaler "unparteiischer" und "unpolitischer" Organisationen und Institutionen betrieben wurden.

Ohne Zweifel ist es in erster Linie Aufgabe des Parlaments, der in ihm vertretenen Parteien und der Gewerkschaften, den Angriffen gegen die Demokratie zu wehren, wobei die Regierung und die Polizei als ausführendes Organ zu wirken haben. Nur hat die Erfahrung leider gelehrt, dass in vielen Fällen polizeiliche Massnahmen vor allem dann nicht ausreichen, wenn sich diese antidemokratisch eingestellten "Vereine", "Bünde" usw. nach aussen demokratisch legaler Formen ihres öffentlichen Auftretens bedienen, um hinter dieser Fassade der Legalität in Appellen und Reden um so heftigere Attacken gegen die Demokratie zu reiten. In aller Erinnerung ist noch das Goslarer "Stahlhelmtreffen", bei dem in Abwehr antidemokratischer Demonstrationen die demokratischen Gewerkschaften auf den Plan treten mussten, um die Aktivität der ewig Unbelehrbaren in die Schranken zu weisen.

Damit erhebt sich die Frage, ob es nicht ganz allgemein Aufgabe der demokratisch eingestellten Staatsbürger ist, sich zu einer Verteidigung des demokratischen Staates und zur Abwehr von Angriffen bereit zu halten, unbeschadet der Aufgaben, die Parteien und Parlament auf diesem Gebiet haben. Es ist vielleicht für das wache demokratische Bewusstsein der Westberliner Bevölkerung bezeichnend, dass

ausgerechnet in dieser Stadt zum ersten Male nach 1945 eine Organisation demokratischer Staatsbürger entstanden ist, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Demokratie aktiv zu verteidigen. Eier hat der "Freiheitsbund" nun schon seit Jahren in der Abwehr antidemokratischer Angriffe gewirkt, sei es, dass sie von kommunistischer oder nationalistisch-rechtsradikaler Seite kamen. Dass freilich in Westberlin die Verteidigungsposition mehr gegen kommunistische und getarnte kommunistische Angriffe bezogen werden musste, liegt einmal in der geographischen Lage dieser demokratischen Bastion, zum anderen in der geringen Anfälligkeit der Berliner für rechtsradikale Beeinflussungsversuche.

Der "Freiheitsbund" in Westberlin, der die Tradition des früheren "Reichsbanners" fortsetzt, hat es sich in seinem Statut zur Aufgabe gemacht, gegen die Feinde der Demokratie notfalls mit den gleichen Waffen zurückzuschlagen und das demokratische Staatsbewusstsein zu sichern und zu stärken. Wenn es in Westberlin bisher fast in keinem Falle zu einer Störung demokratischer Kundgebungen von kommunistischer oder rechtsradikaler Seite gekommen ist, dann hat nicht zuletzt der "Freiheitsbund" dazu beigetragen.

Bereits seit 1951 besteht der "Freiheitsbund" offiziell. Der grösste Teil seiner Mitglieder wohnt in den Arbeiterbezirken Wedding, Reinickendorf und Neukölln. Vorher musste er wegen alliierter Vorbehalte in anderer Form den Schutz der Demokratie übernehmen. Die über 1000 Mitglieder wählen alle zwei Jahre eine Landesleitung, der wiederum ein Beirat mit beratender und beschliessender Funktion zur Seite steht und der sich aus den gewählten Vertretern der einzelnen Bezirksgruppen zusammensetzt.

Ohne jede Bindung an eine Partei ist der "Freiheitsbund" in Westberlin zu einer Organisation geworden, die aus dem demokratischen Leben dieser Stadt nicht mehr wegzudenken ist. Dass besondere freundschaftliche Beziehungen zur SPD bestehen, erklärt sich daraus, dass die SPD in gleicher Weise kompromisslos gegen alle antidemokratischen Tendenzen auftritt. Es braucht nicht betont zu werden, dass weder Stiefel noch irgendwelche anderen uniformähnlichen Utensilien beim "Freiheitsbund" etwas zu suchen haben.

Er misshandelte Ernst Reuter

F.M. In einem der letzten Heimkehrertransporte aus der Sowjet-Union ist, wie jetzt bekannt wird, auch der frühere Magdeburger Nazi-Gauleiter Jordan nach Deutschland zurückgekehrt. Er soll nach der Bundesrepublik entlassen worden sein. In seiner ehemaligen "Gau-Hauptstadt" wäre ihm wahrscheinlich alles andere als ein begeisterter Empfang zuteil geworden.

Die Rückkehr Jordans ruft die Erinnerung an ein empörendes Vorkommnis in der letzten Sitzung des Landtages der Provinz Sachsen am 30. Mai 1933 in Merseburg wach, in der sich der damalige Provinziallandtags-Abgeordnete Jordan als Provokateur und Schläger betätigte. Nachdem er die sozialdemokratischen Abgeordneten durch Zurufe beschimpfte und seine Parteigenossen auf diese Weise gegen die SPD-Fraktion aufgehetzt hatte, kam es zu Gewalttätigkeiten, die das amtliche Verhandlungs-Protokoll lapidar mit folgendem Satz verzeichnet: "Ein Teil der Abgeordneten der NSDAP begibt sich zu den Sitzen der SPD und wirft unter lebhaften Zurufen auf beiden Seiten die heftigen Widerstand leistenden sozialdemokratischen Vertreter aus dem Sitzungssaal hinaus."

Wie Augenzeugen berichteten, trat Jordan dabei dem Abgeordneten Ernst Reuter, der Mitte März 1933 von den Nazis seines Amtes als Oberbürgermeister von Magdeburg enthoben worden war, in den Leib, so dass dieser zu Boden stürzte und sich vor Schmerzen krümmte. Andere sozialdemokratische Abgeordnete konnten Reuter durch ihr Dazwischentreten vor weiteren Misshandlungen bewahren, sie brachten ihn in eine nahegelegene Gastwirtschaft, wo er sich erst allmählich wieder erholte.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau